

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neuberger.
Für den Verleger: Carl Neuberger.
Telefon: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auftragsung monatlich 14.— M.,
vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaliger Verlang monatlich
12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Bilder u. Wohnungsanzeigen, 1 postige An- u. Verkäufe 25.— M. Vorzugsplätze laut
Zert. Gewerkschaften gegen Vorzugszahl. Einzelpreise d. Vorabendblattes 0 Pf.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neuberger & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die ungelöste innere Krise.

Einschüchterungspolitik auf beiden Seiten.

Verchiebung der Kanzler-Erklärung.
Eine Einigung über das Steuerkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ist bisher noch nicht zu Stande gekommen. Die Verhandlungen stocken, weil die Sozialdemokraten neuerdings Aufhandlung treiben und mit einem Sturze des Kabinetts Wirth drohen. Annehmend möchte die Sozialdemokratie Einschüchterungspolitik treiben und ihrer Sachverhalteuerungsidee zum Siege verhelfen. Tatsache ist, daß das Zentrum über die neuen Bedingungen verärgert ist und bereits in anderen Lagern sich nach Bundesgenossen umsieht. Diese Taktik scheint aber eine Scheintaktik zu sein, um wieder die Sozialdemokraten einzuschüchtern, denn es steht natürlich fest, daß Zentrum und Sozialdemokraten noch in dieser Woche sich einigen müssen. Der Kanzler hat eingesehen, daß er mit wechselnden Mehrheiten nicht arbeiten kann, und sich sowohl bei den Steuerfragen als in der auswärtigen Politik auf die gleichen Parteien stützen muß. Man wird also noch am Dienstag und Mittwoch verhandeln und am Donnerstag dürfte das Fieber fallen und die Krise befriedigt sein. Die das Kompromiß ausdehnen wird, läßt sich bis jetzt nur vermuten.

Ueber die ergebnislosen Kompromiß-Verhandlungen

Recht uns folgende eigene Information zu:
Berlin, 24. Jan. Die gestern abend abgebrochenen Verhandlungen über die Frage des Steuerkompromisses wurden heute vormittag fortgesetzt. Es traten die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten zusammen, um sich über die Steuerfragen zu unterhalten. Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Beschlusse. Am Nachmittag nahm auch Reichskanzler Dr. Wirth teil. Mittags 12 Uhr traten dann die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten an einer interfraktionellen Besprechung zusammen, an der der Reichskanzler, Minister Hermes, Rathenau und die Staatssekretäre Schröder und Dirsch teilnahmen. Auch diese Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen und sollen heute nachmittags fortgesetzt werden. Die Lage wird nach wie vor kritisch beurteilt, doch soll unter allen Umständen versucht werden, bis morgen mittags zu einer Einigung zu gelangen.

Das Zentrum hält eine Zwangsanleihe zur Sanierung des deutschen Finanzwesens für erforderlich und ist bereit, für eine solche Zwangsanleihe, für die eine besondere Veranlassung notwendig wäre, einzutreten. Die Sozialdemokratie dagegen will eine Goldanleihe, eine zwangsweise Kreditlinie der Industrie, von der sie sich einen Ertrag von mehreren Milliarden Mark verspricht. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß, wenn dieser Plan der Sozialdemokratie beim Zentrum Anklang findet, die Unabhängigen bereit wären, in der Umfassung der ursprünglichen Regierungsvorlage, die eine Besteuerung von 2 1/2 Prozent vorstelt, wieder zurückzutreten, damit also für eine indirekte Besteuerung einzutreten. Ueber die Form der Zwangsanleihe machen sich jedoch nicht nur zwischen

Sozialdemokratie und Zentrum, sondern auch zwischen Sozialdemokratie und Regierung große Differenzen geltend. Die Sozialdemokratie wünscht die Zwangsanleihe in Form eines Rahmengesetzes in enger Verbindung mit den ganzen übrigen Steuergeboten. In mehrheitssozialistischen Kreisen hält man das Zentrum bekommen einer Mehrheit unter Beteiligung der Deutschen Volkspartei nicht für wahrscheinlich.

Die Regierungserklärung, die heute im Reichstag über die allgemeine politische Lage abgegeben werden sollte, fällt aus. Es wird angenommen, daß der Reichskanzler nicht vor Donnerstag im Reichstag sprechen wird. Die für heute vormittag angesetzt gewesenen Sitzungen der Reichstagsausschüsse für Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Steuerfragen, Verbrauchsteuer und Tabakmonopol sind vertagt worden mit Rücksicht auf die Beratungen der Fraktionen über das Steuerkompromiß.

Der deutsche Reparationsplan.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.“)
Berlin, 24. Jan. Heute vormittag 10 Uhr fand eine Sprechstunde statt, die sich mit der Frage des Reparationskompromisses über reichlichen Zahlungs- und Garantien beschäftigte. Der Zahlungsplan ist in seinen wesentlichen Zielen bereits fertiggestellt und auch seine Formulierung nahezu abgeschlossen. Wie wir hören, sind auch schon die Umrisse der Deckungsfrage, die in der Denkschrift behandelt werden müssen, fertiggestellt. Es hängt nur noch davon ab, welche endgültige Form das Steuerkompromiß diesem Vorschlag geben wird.

Die Neuregelung der Beamtensoldatung.

Die endgültige Festlegung des Verhältnisses zwischen den Besprechungen zwischen Vertretern des Finanzministeriums und den Fraktionsvertretern im Reichstage über die Frage der Neuregelung der Beamtensoldatung haben, wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, zwar noch zu keiner Einigung geführt, doch hofft man spätestens am Mittwoch nach nochmaligen Verhandlungen mit den Beamtensorganisationen sich auf folgender Grundlage einigen zu können:

Zahlung einer dauernden Teuerungszulage von 10 Prozent (statt 20 Prozent, wie jetzt vereinbart) für die ersten 10 000 M. des Grundhaltes, also 4000 M. Zulage für die Beamten, Zahlung von Liebererzeugnissen aufzufüllen an die Arbeiter.

Für die Umgestaltung des neuen Verhältnisses wird ein neuer Reichstagsausschuß (der 21.) in den nächsten Wochen in Arbeit treten. Geplant ist die Zahl der Stufen innerhalb der Verhältnisse von 7 auf 3 herabzusetzen und die großen Spannungen innerhalb der Gruppen zu beseitigen. Mit dieser Neuordnung wird namentlich den unteren und mittleren Beamten geholfen und die gewöhnliche Verabreichung der Verhältnisse etwas ausgeglichen. Für die Verhältnisse der niedrigen Verhältnisse 9000 M., der höchsten 12 000 M. betragen, bei den anderen Klassen sind die Sätze entsprechend vorzulehen.

Deutsche — und die andern!

Von Oberst a. D. W. Richter.

Dem deutschen Volke droht erneut schmerzvolle Summation. Die Feinde von gestern, die trotz des vor drei Jahren geschlossenen Friedens noch da sind, haben sich zu schwerem Schläge aus. Sie beschäftigen sich wiederum mit dem Gedanken, die von ihnen der Kriegsverbrechen beschuldigten Deutschen vor ihre sogenannten Gerichte zu fordern. Wohl ist diese Forderung an unsere Reichsregierung noch nicht offiziell gelangt. Der „Lieberertrag“, der jetzt die Geschicke der Völker zu bestimmen sich anmaßt, wird erst darüber befinden, ob dem Gutachten des „Julius“-Ausschusses hatzugeben ist oder nicht. Vielleicht liegt diesmal die Vernunft. Es wäre das erste Mal, als Herr Poincaré jetzt den Ton in diesem Weltgerichtsausschuß angibt. Liegt so momentan noch kein Anlaß zu Entschlüssen unserer Regierung vor, so ist doch das deutsche Volk, soweit es sich als solches fühlt, allein durch die ersten Andeutungen von der drohenden Gefahr aufs schmerzliche beunruhigt. Die gesamte Presse beschäftigt sich mit der Frage. Aus allen Volksteilen wurden Eingaben an den Reichskanzler geschickt, die in scharfer Form jeden derartigen feindseligen Versuch ablehnen. So traurig der Anlaß ist, so erfreulich ist doch die Tatsache, daß in dieser Frage alle Deutschen einig sind und das „Recht“ aus dem Munde aller Deutschen ertönt. Es soll anerkannt werden, daß auch die englische Presse, mit Ausnahme der von Vorurteilen geleiteten, die Auslieferung durchaus verweigert.

Wenn hier gesagt wird, daß in dieser Frage alle „Deutschen“ einig seien, so gilt die Behauptung natürlich nicht von denen, die zwar innerhalb der Grenzen Deutschlands wohnen und deutsch sprechen, die aber noch den Worten eines ihrer Hauptführer ein deutsches Vaterland nicht kennen, sondern ihr Vaterland in der über die ganze Erde verstreuten Menschheit und in dem Begriffe des Weltproletariats sehen. Man würde sie schwer kränken, wollte man sie als Deutsche ansprechen. Sie denken alles andere, aber keineswegs nicht deutsch. Es kann deshalb nicht unternehmen, daß die von Herrn Crispian in Leipzig verzapfte Weisheit in der Presse dieser Weltrechtsverleumdung ihren folgerichtigen Ausdruck findet. Wir leben im 20. J. in einer kurzen Welt, die in Dresden erdachtenden linksradikalsten Blattes nicht in der Eingabe mehrerer Vereine Dresdens gegen die Auslieferung, die mit dem Satz schließt: „Nie mehr!“ Wir deutschen Soldaten treten für unsere bedrohten Kameraden ein, wenn es sein muß, mit dem Leben. Wir wenden uns an das deutsche Volk, in dieser Stunde zusammenzukommen wie ein Mann.“ Das Blatt schreibt dazu: „Die Stellungnahme der Entente war nach den Urteilen des Reichsgerichts voranzutreiben. Im übrigen haben wir noch niemals Veranlassung gehabt, uns für die verbrecherischen „Volksgenossen“ zu engagieren. Die Rechte, daß man für diese Leute mit dem Leben einzutreten werde, wird in der deutschen Arbeiterkassen die Aufnahme finden, die sie verdient.“

Die einzige Entschuldigung für dieses Geschreibsel ist, daß es nicht von einem Deutschen verbrochen wurde, sondern von einem auf der höchsten Höhe der Menschheitskultur stehenden Weltvaterlandsdämonen, und wenn man sich trotz inneren Absehens mit der Kulturart dieses verächtlichen Vaterlandes empfinden beschäftigt, so schließt das aus dem gleichen Grunde, der uns Deutsche im Interesse unseres Vaterlandes anregt, — wir haben nämlich in solchen, Herrn Crispian und Anforten, und lassen es uns von niemand rauben — Stellung zu nehmen gegen jacobinische Gemeinheiten unter widerlichen Feinden, der Franzosen. Sie versuchen genau so, wie der Schreiber in dem bekannten Dresdner Blatte, der deutschen Arbeiterkassen unseren Vaterlandsbegriff dadurch zu rauben, daß sie deutsches Empfinden, deutsches Nationalgefühl als arbeitervindlich hinstellen. In teuflischer Verachtung auf den unser Volk vertretenden Klassenkampfgedanken, der leider einen großen Teil unserer Arbeiterkassen beherrscht, stößen sie ihr die Ueberzeugung ein, daß vaterländisch, Imperialismus und Militarismus und mit Kapitalismus, Imperialismus bekämpft werden muß. Und deshalb von der Arbeiterkassen Schwärze lassen leider zu viele Arbeiter hinein. Ihm unterliegen brave deutsche Männer, mit denen wir unsere Schicksale im Weltkriege schlugen, die drei, viermal verwundet immer wieder an die Front gingen, um das bedrohte Vaterland zu schützen, die Heldentaten verrichteten, wie sie die Welt nie größer gekannt hat. Diesen Verführungsakten fallen die Söhne der Väter zum Opfer, die Freunde der Kameraden, die in höchster vaterländischer Begeisterung ihre Vaterlandsliebe mit dem Tode bezeugten. Es ist unbegreiflich, aber es ist wahr, und deshalb gilt es, den Kampf gegen diese Feinde deutscher Ehre, gegen diese Thiergestalten aufzunehmen. Deshalb auch sei dem Verfasser der in Frage stehenden Notiz und allen denen, auf die er einwirken will, folgendes gesagt:

Die Stellungnahme der Entente ist durch die bisher gegen deutsche Kriegsschuldige gefällten Urteile des Reichsgerichts nicht gerechtfertigt. Sie ist ausnahmslos auf die hohle, unritterliche und gemeine Behauptung unserer Hauptfeinde, die Franzosen, zurückzuführen. Dem im christlichen um Deutschlands Bestand gefährlichen Kampfe unterlegenen deutschen Volke hat auf den Druck der Feinde kein Recht zuzugewandelt, wie es seiner in der ganzen Welt geschätzten Stellung entspricht, objektiv und wahr. Nach Ansicht der meisten Deutschen haben sich die wahrlich nicht um ihr schweres Amt zu beneidenden Reichsgerichtsräte einer Sachlichkeit befleißigt, die nur das wehrlos gemachte deutsche Volk ertragen konnte. Selbst die Engländer, die dem Vertriebenenverfahren beizuhelfen, haben das anerkannt. Den Franzosen und Belgiern, denen nicht genug Todesurteile gefällt wurden, war es vorbehalten, das Vertriebenenverfahren als Vorwand zu bezeichnen — und unsere Weltvaterlandsdämonen schlossen sich ihnen an.

Die von den Feinden beschuldigten deutschen Volksgenossen, auch die vom Reichsgericht Verurteilten, sind keine Kriegsverbrecher, sondern Opfer ihres vaterländischen Tuns im Kriege und Opfer der unvernünftigen Feinde, die

Eisenbahnerfreistimmung im Reich?

Eine beschränkte Resolution an Minister Hermes.
(Zusammenfassung der Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Jan. Heute ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und -Anwärter in Berlin zusammengetreten, um zu den die Beamtenschaft bewegenden Fragen Stellung zu nehmen, namentlich zur gegenwärtig schwebenden Teuerungszulage, zum Eisenbahnfinanzgesetz und zum Arbeitszeitgesetz. Die aus Beamtentellen mitgeteilte, hat es beunruhigend gewirkt, daß der Reichsfinanzminister bei der Erklärung, die am Sonntag im Reichstag über eine sozialere Ausschüttung der Beamtengrundgehälter abgegeben wurde, sich nicht darüber geäußert hat, ob zu diesem Zweck mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Beamtens-Verhandlungen geschlossen werden sollen, oder ob der Minister die Vertreter lediglich informativ anhören will. Wie es heißt, will die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner dem Minister Hermes eine beschränkte Resolution überreichen, in der er ersucht wird, die Vertreter der Beamtenschaft zu ordnungsmäßigen Verhandlungen über die Gehaltsfrage der Beamten zu laden. Die Stimmung unter den Beamten in Berlin hat sich in unverkennbarer Weise verschärft, und zwar nicht nur bei den Eisenbahner, sondern auch bei den Postbeamten. In Entschlüssen wird die Reichsgewerkschaft aufgerufen, das Angebot der Regierung in der Frage der Hebung der Gehälter abzulehnen und die Mitglieder zum Kampfe aufzufordern. Der Ministerentwurf des Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahnbeamten sei überhaupt indiskutabel.

Die Auseinandersetzungen der K. P. D.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.“)
Berlin, 24. Jan. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei hat gestern seine Tagung beendet, nachdem er entgegen dem von Badet ursprünglich übermittelten Vorschlag statt der 128 Mitglieder nur die 28 Unterzeichner des zweiten Briefes an die Zentrale von der Partei ausgeschlossen hat. Wie wir hören, werden 228 Mitglieder aber wahrscheinlich aus der K. P. D. den Austritt erklären. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Prax, Friedland und Matzner.

Frankreichs Zahlungsunfähigkeit gegenüber Amerika.
Washington, 24. Jan. Der französische Gesandte hat nach Blättermeldungen mitgeteilt, daß Frankreich nicht in der Lage sei, die nächste Forderung der Amerikaner zu leisten.

Amerikas Forderungen für die Sanierung Europas.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.“)
Paris, 24. Jan. Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genoa wird davon abhängen, ob die Kriterien der deutschen Reparationszahlungen mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Einklang bringen wollen oder ob sie sich geneigt erklären, eine Verminderung ihrer Forderungen auszusprechen, die die Wege zu leiten. Diese Bedingungen finden sich in einem Bericht der amerikanischen Kommission, deren Präsident der Staatssekretär für den Handel, Hoover, ist. Die Ausnahmen dieser Kommission entsprechen denen der amerikanischen Regierung. In dem Bericht dieser Kommission heißt es ferner, daß eine Stabilisierung der europäischen Währungen nur erfolgen könne, wenn die Restitutionsfrage in der Europa aufzuheben, die dadurch verurteilt wurde, daß die einzelnen Staatsausgaben in Europa nicht balancieren. Dies wiederum ist darauf zurückzuführen, daß die Reparationsfrage nicht geregelt worden ist, ferner darauf, daß die Rückzahlungsausgaben der einzelnen Staaten ungeheuer sind und die Schulden dieser Staaten daher ins Ungemessene steigen. Eine Hoffnung darauf, daß die Währungen gelichtet werden könnten, sei nur dann berechtigt, wenn die deutschen Reparationszahlungen endlich auf eine solche Grundlage gestellt würden, daß sie auch ertragbar sind. Deutschland müsse jedenfalls den Wiederanstieg der vertriebenen Gebiete vornehmen, doch müsse auch dies nur in solchem Maße geschehen, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands gewährleistet bleibt. Unverzüglich sei die Verabreichung der Ausgaben für Rückbau.

England gegen die Erfassung der deutschen Sachwerte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 24. Jan. Der Berliner Berichterstatter des „Mail“ erzählt aus unrichtiger Quelle, daß die englische Regierung, „weil sie sich dem Einfluss von der englischen Industrie, die zur Gruppe Sineses in einen Beziehungen“ der deutschen Regierung bekanntgeben habe, daß sie einer Behinderung der Sachwerte in Europa nicht zuzustimmen habe. Die englische Regierung habe die Anregung gegeben, daß sich die verschiedenen Parteien auf die Ausgabe einer Zwangsanleihe einigen sollten.

